

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 23. Juni 1932 Nummer 145

Appell der antifaschistischen Einheitskonferenz in Dresden

Heraus zur Antifaschistischen Aktion in Betrieb und an der Stempelstelle!

158 Delegierte der Betriebe, Stempelstellen und proletarischen Organisationen nehmen zum Kampf gegen die faschistische Notverordnungsdictatur Stellung. Sozialdemokratische Arbeiter in Einheitsfront mit kommunistischen Klassengenossen

Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit!

Während am Abend im Bürgergarten in Dresden-Lößnitz die Einheitskonferenz der antifaschistischen Arbeiter stattfand, die als vorbereitende Konferenz für einen großen antifaschistischen Kongress in Ostland und die Ausgabe hatte, neben der Erweiterung des provisorischen Einheitsausschusses die Basis für die große Antifaschistische Aktion zu erweitern.

Von 158 Delegierten gehörten 90 der Kommunistischen Partei an, 8 der SPD, 2 der KPD, 1 dem KPD und die übrigen waren parteilos. Neben 93 Betriebsräten und 12 Erwerbslosenvertretern, waren alle Massenorganisationen wie KPD, Rote Hilfe, IAW, Internationaler Bund der Kriegs- und Arbeitsopfer und Delegierte der im Schulkampf beteiligten proletarischen Elternrat vertreten. Auffallend viele Frauen nahmen als Delegierte von Frauenvereinigungen und der KPD an der Tagung teil.

Es war eine Konferenz, getragen von dem ersten Willen und der Festsetzung der revolutionären Arbeiterklasse Dresden, in jeder Einheit die Kämpfe um Lohn und Brot, den Kampf gegen die Papenregierung und ihre Notverordnungen zu verbinden und dem wachsenden Terror der Hitlerfalschheit entgegenzutreten.

Am 22. Juni wurde die Vorbereitung der großen Antifaschistischen Aktion durch die Ausführungen des Gen. Krenzsch, die er im Rahmen der Konferenz im Auftrag des vorbereiteten Einheitsausschusses machte. Dann umriss Genosse Martin Immanuel die Aufgaben der Arbeiterklasse, die politische und wirtschaftliche Lage im Papendeutschland skizzierte. Ausgehend von der Politik der Notverordnungen der Bourgeoisie, als einem Mittel der Kapitalistenklasse, alle Kräfte des Wirtschaftssystems auf die Massen der Werktätigen abzulenken und den wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse mit brutalen Nachmitteln niederzuschlagen, wies er auf die Aufgabe der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter hin, die in Deutschland und auch in Dresden als Vorposten der kämpfenden Arbeiterklasse aufzutreten.

Das aktive Auftreten der Arbeiter in den proletarischen Wohnbezirken gegen die Terrorbanden der Hitlerfalschheit, die von sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter in Einheitsfront dem Streikterror der Kapitalisten entgegenzutreten.

Die sozialdemokratische Rolle der NSDAP, die die Papenregierung toleriert, die die Aufgabe hat, die unumschränkte faschistische Diktatur in Deutschland aufzurichten. Die sozialdemokratischen Führer sind noch wie vor die lokale Hauptstütze der Kapitalisten, führen jetzt während des Wahlkampfes rabidie Reaktionen über ihren ganzen Einfluß auf, um die außerparteilichen Kämpfe der Arbeiterklasse gegen den Faschismus zu verhindern die unabweislichen Notverordnungen zu sabotieren. Die NSDAP beweisen hier, daß sie den Kapitalisten und dem imperialistischen Staatsapparat helfen.

Es spricht dann ausführlich über die Formen der proletarischen Einheitsfront die in den Kämpfen der Arbeiterklasse nicht nur die antifaschistische Aktion formiert, in der Arbeiter aller Nationalitäten im gemeinsamen revolutionären Willen den Kampf gegen die faschistische Kapitalistendiktatur organisieren. Diese Einheitsfront idealen und führen wir, um das Deutschland der Kapitalisten zu einem Deutschland des Sozialismus zu machen.

Nach dem, mit kühnem Beifall aufgenommenen Aufruf durch 18 Vertreter von Betriebsdelegierten und proletarischen Massenorganisationen, Delegierte der Erwerbslosen und der im Schulkampf beteiligten Elternrat. Um jeder Disziplinlosigkeit, mit Ausnahme eines „Parteilosen“ und eines Unionisten die Notwendigkeit der Einheitsfront, berichtet von den Kämpfen der Arbeiterklasse, von den ersten Fortschritten, in den Betrieben die Arbeiter zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Einheitsfront niederzuschlagen und die Faschisten in die Antifaschistische Aktion einzugliedern. Alle Redner waren von der Rolle der proletarischen Klasse durchdrungen, die, in roter Einheitsfront organisiert, den Kapitalismus überwinden wird.

Es war ein Beweis der wachsenden Antifaschistischen Aktion, daß sich die gesamte Disziplin um die praktische Organisation der Kämpfe in den Betrieben, Stempelstellen und Wohnbezirken drehte, ganz konkrete Vorschläge unter der begeisterten Zustimmung der Delegierten gemacht wurden, wodurch die Konferenz zu einem bedeutenden Schritt der Antifaschistischen Aktion der Dresdener Arbeiterklasse wurde.

Nach den Schlussworten der Genossen Krenzsch und Schneider wurde dann der vorbereitende Einheitsausschuß um 7 Mitglieder erweitert, unter denen sich 4 Sozialdemokraten befinden. Dieser Ausschuß wird schon in den nächsten Tagen zusammen kommen, um das einheitliche Kampfprogramm zu beraten und die Vorbereitung für einen großen antifaschistischen Einheitskongress zu leisten. Die Konferenz nahm einstimmig einen Appell an den

mit Entzückung von der Mitteilung des Polizeipräsidenten in der bürgerlichen Presse Kenntnis, die von kommunistischer „Verleumdung“ der Arbeiterklasse spricht.

Die Teilnehmer an der Konferenz sind davon überzeugt, daß diese Mitteilung eine gesteigerte Verfolgungskampagne des Staatsapparates gegen die KPD, die kommunistische Arbeiterklasse und gegen die gesamte revolutionäre Arbeiterklasse einleitet.

Die Delegierten verpflichten sich deshalb, die Betriebsbesetzungen und die Arbeitslosen an den Stempelstellen zu einer großen Streik- und Verteilungsaktion für die revolutionäre Freiheit und für die revolutionäre Freiheit der Arbeiterklasse zu mobilisieren und den Kampf gegen die faschistische Staatsdiktatur zu organisieren.

Hände weg von der Kommunistischen Partei! Hände weg von der Arbeiterklasse, die die Interessen der Werktätigen vollständig vertritt und das Sprachrohr der ausgebeuteten Proletariat ist.

Die in ununterbrochener Kampfbildung durchgeführte Tagung wurde dann mit dem Gelang der Internationale und einem feierlichen Ruf auf die sich formierende rote Einheit der Arbeiterklasse unter revolutionärer Führung geschlossen.

gemeine wertvolle Dresden an, den wir morgen veröffentlicht werden. Ebenfalls einstimmig wurde folgende Entschliessung angenommen:

Wir verteidigen die revolutionäre Presse

„Die am 22. Juni tagende Einheitskonferenz der gewählten Vertreter der antifaschistischen Arbeiterklasse Dresdens nimmt

Weimarer Koalition in Preußen sichert faschistisches Landtagspräsidium

KPD als einzige Partei gegen faschistisches Landtagspräsidium . Das Zentrum, der Koalitionspartner der SPD, verhilft Nazi-Kerl zum Landtagspräsidenten

Durch das Verhalten der Weimarer Koalition, der SPD und des Zentrums, ist gestern im Preussischen Landtag die von den Kommunisten vorgeschlagene und möglich gemachte Wahl eines Landtagspräsidenten ohne Nationalsozialisten und Deutschnationalen verhindert worden und die Wiederwahl des Nationalsozialistischen Kerl zum Landtagspräsidenten erfolgt.

Bestenfalls haben SPD und Zentrum gemeinsam die Bedingungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei abgelehnt, unter denen die Kommunisten bereit waren, auf die Wahlstellung eigener Kandidaten zu verzichten und dadurch die Wahl von Nazis und Deutschnationalen in das Landtagspräsidium zu verhindern. Die Bedingungen lauteten auf Aufhebung des Demonstrationssperres für die Arbeiterklasse und Nichtdurchführung der beiden Notverordnungen Papens in Preußen.

Die SPD-Führer, unter deren Augen in Berlin und in ganz Preußen das Hofentzugsgelände auftrat, verhielten sich hinter „rechthilfigen Bedenken“, auf die die Hitlerpartei stellt, wenn dank der Haltung der Weimarer Koalition die Regierung an sie fällt. Insofern SPD und Zentrum die Forderungen der Arbeiterklasse labortierten, hat die kommunistische Partei gestern im Preussischen Landtag einen Schritt unternommen, der für alle Werktätigen ein Wegweiser ist dafür, wo diejenigen zu finden sind, die dem Faschismus zur Flucht verhelfen, und diejenigen, die der Hitlerpartei den Weg zur Regierung versperren wollen. Ungeachtet unserer prinzipiellen kategorischen Gegnerlichkeit gegen Sozialdemokratie und Zentrum als Parteien der kapitalistischen Klassenherrschaft, erklärte Genosse Wilhelm Vied namens der Kommunistischen Partei, daß die Kommunisten einen weiteren Versuch unternehmen, die Wahl eines nationalsozialistischen Präsidiums zu verhindern. Deshalb

hat die KPD den Forderungen der Sozialdemokratie und des Zentrums nachgegeben, ein Präsidium zu wählen, aus dem Nationalsozialisten und Deutschnationalen ausgeschlossen sind. Die KPD erklärte sich bereit, für ein solches Präsidium zu stimmen.

Um SPD und Zentrum die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben, beantragte und erwiderte die kommunistische Fraktion die einstündige Unterbrechung der Landtagssitzung. Als die Pause vorüber war und das ganze Haus darauf wartete, was Zentrum und SPD zu sagen haben würden, hielten sich beide Parteien in Schweigen. Sie schlugen die Möglichkeit, die durch eine Nichtwahl vom Zentrum bis zu den Kommunisten dafür gegeben ist, die Reichskammer zum Faschismus zu entfernen, aus der Hand!

Da habt ihr die Weimarer Koalition, wie sie lebt und leidet! Ihr Gewerkschaft gibt den Faschisten die Straße frei und

nimmt sie den Arbeitern. Ihr Zentrum gab gestern welche Stimmzetteln ab, als es galt, die Wahl der Nazis zu verhindern. Mit den geringsten Ereignissen im Preussischen Landtag hat alle antifaschistische Betrugsmaschine des Zentrums und der SPD entlarvt.

Uns Kommunisten übertrifft dieses Ergebnis nicht. Aber was sagen dazu die Massen der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter, die sich sonst häufig gegen den Terror der entsetzlichen Hofentzugsmaschine zur Wehr setzen?

Wir Kommunisten haben von Sozialdemokraten und Zentrum nichts anderes verlangt, als gegen die Nazis zu kämpfen. Das liebten die Koalitionspartner der SPD, mit denen sie im preussischen Koalitionskabinett verdingelt ist, ab, ohne daß die SPD auch nur mit einem Wort dazu Stellung nahm.

Die Empörung, die gestern abend anstandslos dieses Verhalten von der kommunistischen Landtagsoffiziation auf die überfluteten Tribünen überlief, muß sich heute der Werkschmiede ganz Deutschlands bemächtigen. Man kennt die Machtstellung, die dem preussischen Landtagspräsidenten gegeben ist.

Es soll jeder in ganz Preußen-Deutschland wissen, daß von der Weimarer Koalition diese Wahl des Nazis überantwortet wurde.

Es soll jeder wissen, daß die Wegbereiter Hitlers in den Reihen der Gewerkschaft und Bauern-Parteien liegen.

Es soll jeder wissen, daß die kommunistische Partei allein es ist, die im Parlament wie außerhalb des Parlaments im Zeichen der Antifaschistischen Aktion sich der Hitlerpartei entgegenwirft im Namen aller Lebensinteressen des werktätigen Volkes, die auf dem Spiele stehen.

Verbotsdrohung gegen den „Kämpfer“

Chemnitz, 23. Juni. (Eig. Meldung.)

In den frühen Morgenstunden des heutigen Tages übermittelte der Chemnitzer Polizeipräsident der Redaktion des „Kämpfers“ eine abermalige Ermahnung, in der die Auslieferung des Zentralkomitees der KPD zur Landtagspräsidentenwahl in Preußen zum Verbot genommen wird, dem „Kämpfer“ ein Verbot auszusprechen.